

ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 88

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE:

SPD für Soziale Stadt	2
SPD zur Integration	3
EU: Bundesregierung täuscht	3
Persönlich gesehen	4

Auf nach Berlin!

Eine Jugendliche bzw. ein Jugendlicher zwischen 15 und 20 Jahren aus Rosenheim und Umgebung hat im Mai 2012 die Möglichkeit, am „Planspiel Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin teilzunehmen.

Interessierte können eine Bewerbung mit Angaben zu Alter, Person und Ausbildung sowie ein Kurzessay mit max. 3.500 Zeichen zum Thema: „Rechtsextremismus – eine Gefahr für Freiheit und Demokratie“ bis zum 30.1.2012 an angelika.graf@wk.bundestag.de senden. Infos gibt es auch telefonisch unter 08031-98230. Die Interessierten werden eingeladen, ihren Beitrag bei einer Veranstaltung vor Jury und Publikum vorzutragen. Wer für seinen Vortrag und beim anschließenden „Parlamentsquiz“ die meisten Punkte erhält, gewinnt die Teilnahme!

Bundesweit werden die ausgewählten Teilnehmer im **Mai 2012** als „junge SPD-Bundestagsfraktion“ zu einer 3-tägigen Sitzung in Berlin zusammenkommen und „Politik-Luft“ schnuppern!

SPD-Parteitag

Wir haben uns auf dem Parteitag in Berlin klar positioniert. Statt immer neue Schulden für vergiftete Steuergeschenke von CDU, CSU und FDP, wollen wir solide Finanzen und einen starken Staat. Dazu gehört eine gerechtere Finanzierung für Investitionen in Bildung und Aufstiegschancen. Die wichtigsten Beschlüsse findet Ihr hier (und unter www.spd.de):

Wert der Arbeit

- Wir wollen einen **Mindestlohn von 8,50 Euro**, mehr **Mitbestimmung**, gleiches Geld für gleiche Arbeit bei **Leiharbeit**, bessere Absicherung für **Selbständige, Weiterbildung und (Nach-)Qualifizierung** für Arbeitslose und Erwerbstätige. Die **Rente mit 67** wollen wir aussetzen, bis mindestens die Hälfte der 60-64jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist sowie **mehr Flexibilität** beim Übergang zur Rente.

Fortschritt und Gerechtigkeit

- Wir wollen eine **Finanztransaktionssteuer** und die **Finanzmärkte** konsequent regulieren. Den **Spitzensteuersatz** wollen wir auf 49 Prozent für Einkommen ab 100.000 Euro im Jahr anheben, die **Vermögenssteuer** wieder einführen, **Subventionen abbauen**. Unser Ziel: **Neuerschuldung senken, in Bildung investieren!**

Familienland Deutschland

- Wir wollen einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote** in Kitas und Schulen bis 2020, eine **Kindergrundsicherung** mit dem Prinzip „jedes Kind ist gleich viel wert“, die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** sowie **Familienfreundlichkeit**.

Solidarische Gesundheitspolitik

- Wir beenden das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung mit der **Bürgerversicherung** für alle. **Arbeitgeber** beteiligen sich wieder zur Hälfte an den Beiträgen, **Zusatzbeiträge** schaffen wir ab.

Mehr Demokratie leben

- Wir wollen **Volksinitiativen, Volksbegehren** und den **Volksentscheid** einführen. Das alles unter klaren Regeln, zum Beispiel der **Transparenz** wer eine Initiative finanziert. Die **Bürgerbeteiligung** bei Großprojekten wollen wir ausbauen.

Jüngster Delegierter bei Parteitag aus Rosenheim

Der jüngste Delegierte beim SPD-Parteitag in Berlin kam in diesem Jahr aus Rosenheim! Abiturient **Abu Erdogan (18)**, Vorstandsmitglied im Stadtjugendring Rosenheim und Vorsitzender der Jusos Rosenheim-Stadt. (Bild: Mitte, beim Treffen mit mir und **Sigmar Gabriel**.)



SPD zur Sozialen Stadt

Auf Einladung von **Maria Noichl MdL** und der **SPD Rosenheim** diskutierte ich mit **Abu Erdogan**, Vorsitzender der Jusos Rosenheim, **Britta Schätzel** (GRWS) sowie **Stefan Hofer**, Vorsitzender des Stadtjugendrings Rosenheim, im „Bürgerhaus Miteinander“ in der Lessingstrasse mit Vertretern der drei Quartiere der Sozialen Stadt, der Stadtteilvereine von Rosenheim und der Jugendverbände über die Zukunft der Sozialen Stadt in Rosenheim. Hintergrund waren die schwarz-gelben Kürzungen für das Programm.

Als eine der „Mütter“ der Sozialen Stadt erläuterte ich das bisherige Konzept der Stärkung von



problembelasteten Stadtteilen durch eine Mischung aus Baumaßnahmen und sozialen Angeboten.

Markus Bauer, Geschäftsführer des Stadtjugendrings und Vertreter der verschiedenen Programme informierten über die bestehenden Projekte und wie man mit möglichen finanziellen Einschränkungen das laufende Programm aufrechterhalten wolle. Der Grundtenor der Veranstaltung lautete daher: **„Nur Investitionen in Stein und Beton bringen die Menschen nicht weiter!“** **Maria Noichl** betonte, dass sich die SPD in Rosenheim weiter für eine erfolgreiche Zukunft der Sozialen Stadt einsetzen werde.

SPD-Veranstaltung zur Integration



Im Rahmen einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung gingen wir in Rosenheim mit Vertretern aus Lokalpolitik, Medien und der ehrenamtlichen Freiwilligenarbeit der Frage nach „Integration – was können wir tun?“.

In der Veranstaltung wurde deutlich, dass Kommunen und deren Angebote beim Thema Integration eine entscheidende Rolle spielen. Denn Integration muss so früh wie möglich, bereits im Rahmen der **frühkindlichen Förderung**, starten. Da mittlerweile ein Fünftel der deutschen Bevölkerung ausländische Wurzeln besitzt und der Anteil Minderjähriger mit Migrationshintergrund steigt, sind umfassende Bildungsangebote sowie gleiche und gerechte Bildungschancen unverzichtbar.

Die **SPD** hatte auf Bundesebene in Regierungsverantwortung die Kommunen bei Investitionen unterstützt - u.a. erstmals mit Bundesmitteln für neue Krippenplätze mit dem **Tagesbetreuungsausbaugesetz** (2005), dem 4 Milliarden Euro **Ganztagschulprogramm** (2003-2009), der **„Sozialen Stadt“** (1999) und in der Großen Koalition mit dem **„Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“** und dem **Rechtsanspruch** auf einen Krippenplatz ab 2013.

Die Vorsitzende der Rosenheimer SPD-Stadtratsfraktion, **Gabi Leicht**, gab einen kurzen Einblick in die verschiedenen Facetten kommunaler Integrationspolitik und betonte neben den Investitionen in Ganztagesbetreuung und dem Ausbau der Kinderkrippen die **Schulsozialarbeit**. Obwohl sich all diese Maßnahmen nicht allein an Integrationszielen ausrichten würden, hätten deren Ergebnisse positive Integrationseffekte. **Investitionen in Bildungsstrukturen und örtliche Vereinsarbeit** seien wichtiger als ein Betreuungsgeld.

Sabine Meyer von Pro Arbeit Rosenheim e.V. stellte das Projekt „Qualipaten“ vor, an dem viele Schüler mit Migrationshintergrund teilnehmen. Neben der Unterstützung beim Schulabschluss und der Ausbildungsplatzsuche stehe bei dieser Qualifizierungsmaßnahme die Begleitung in die Selbstverantwortlichkeit im Vordergrund (www.qualipaten-rosenheim.de).

Die von mir angesprochene mangelnde **Willkommenskultur** wurde von Betroffenen bestätigt. Ein Land, das nicht willkommen heiße, fördere auch keine übermäßige Integrationsbereitschaft. Anhand vieler Erfahrungsberichte wurde deutlich, welche Hürden der Integration im Wege stehen. Neben oft langwierigen und teuren Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse, wirke sich auch das selektive Bildungssystem nachteilig auf die Chancen aus.

Abu Erdogan vom Stadtjugendring sah es im Schlusswort als gebürtiger Rosenheimer mit anatolischen Wurzeln als Vorteil, Einblick in zwei Kulturen zu haben. Notwendig seien aber fördernde Rahmenbedingungen.

EU: Merkel und Seehofer täuschen

Man kommt ja kaum noch hinterher: Erst kam der **Euro-Rettungsschirm EFSF**, der die Schuldenkrise in Europa lösen sollte. Dann die **Erweiterung des Rettungsschirms**. Dann die **Hebelung des erweiterten Rettungsschirms**. Das hat alles nicht gereicht. Nun kommen der **Schuldenschnitt** für Griechenland (der Verzicht von Gläubigern auf Teile ihrer Forderungen) und der **dauerhafte Rettungsschirm ESM**, der auf 2012 vorgezogen werden soll.

Auf eines aber ist Verlass: **Angela Merkel und Horst Seehofer machen Ankündigungen und Versprechen, nur um dann ohne weitere Erläuterung das Gegenteil davon zu machen.** Eine Erweiterung des Rettungsschirms? Niemals! Hebelwirkung? Kommt nicht in Frage! Schuldenschnitt für Griechenland? Gefährlich! Vorziehen des ESM? Nein!

Dabei ist kostbare Zeit verstrichen, Länder wie Italien sind inzwischen auch betroffen. Jetzt feiert Merkel (wieder) einen „Durchbruch“. Die Regierungschefs der EU haben sich - mit Ausnahme Großbritanniens - auf **strengere Regeln für Haushaltsdisziplin und Schuldenbremsen** geeinigt. Das ist grundsätzlich gut,

auch wenn es die **aktuellen** Probleme nicht ändert und glaubwürdiger wäre, wenn die Bundeskanzlerin daheim nicht **auf Pump finanzierte Steuersenkungen** versprechen und die **Neuverschuldung** für 2012 erhöhen würde. Vor allem aber reicht es (wieder) bei weitem nicht aus.

Die SPD hat sich von Anfang an klar positioniert - Der Rettungsschirm ist notwendig, um die unkontrollierte Pleite von EU-Ländern und damit unvorhersehbare Folgen für ganz Europa zu verhindern. Er ist aber eine **Überlebensmaßnahme**, keine wirkliche Lösung. Eine Schuldenkrise lässt sich nicht durch zusätzliche Schulden lösen!

Europa muss zusammenstehen und Vertrauen schaffen, um die Spekulation gegen Europa einzudämmen. Die Debatten über einen „Rauswurf“ Griechenlands waren daher nicht hilfreich. Wir brauchen ein **Gesamtpaket**, das eine engere Zusammenarbeit in der EU beinhaltet - durch eine **Wirtschaftsregierung**. Wir brauchen mehr Europa, auch um kontrollieren zu können, ob Regeln eingehalten werden. Wer - wie die CSU - gegen mehr Europa ist, sagt zwangsläufig nein zur Kontrolle.

Zum notwendigen Gesamtpaket zählen viele Maßnahmen: U.a. Europaweite **Regulierung der Finanzmärkte**, **Finanztransaktionssteuer**, **Insolvenzrecht für Banken** in Europa, **europäische Rating-Agentur** als Gegengewicht zu den angelsächsischen, **gemeinsame Mindeststandards** (z.B. Untergrenzen gegen Steuerdumping) und **Wachstumsmaßnahmen für Europa** aus Mitteln der Finanztransaktionssteuer.

Die wichtigste Zutat ist Ehrlichkeit: Weil Merkel und Seehofer öffentlichkeitswirksam einen höheren Rettungsschirm ablehnten, kaufte die **Europäische Zentralbank (EZB)** bereits notgedrungen Staatsanleihen von Krisenländern im Wert von über **200 Milliarden Euro**. Das Risiko der EZB tragen anteilig die deutschen Steuerzahler. Merkel und Seehofer setzen darauf, dass das keiner mitbekommt. **Auch der aktuelle Beschluss ist eine Täuschung.** So lehnt Merkel öffentlich eine Erhöhung des Rettungsschirms ab, will aber, dass die (eigentlich aus gutem Grund unabhängige) **Bundesbank** dem Internationalen Währungsfonds zusätzlich 45 Milliarden Euro für Hilfe gibt. Wer würde dafür haften? Die Steuerzahler.

Westtangente muss auf Projektliste

Nachdem die Bundesregierung wieder mehr Geld für den Straßenbau angekündigt hat, wandte ich mich an Peter Ramsauer mit dem Appell, einen Teil davon für den Baubeginn der Rosenheimer Westtangente (B15) zu verwenden - und zwar von beiden geplanten Bauabschnitten aus. Die Antwort verweist nun auf eine „**Projektliste**“, die das Bundesverkehrsministerium bis zum **31.3.2012** dem Haushaltsausschuss des Bundestages vorlegen will. Ob die Westtangente auf dieser Liste mit dringlichen Projekten drauf sein wird, ist noch fraglich. Ich arbeite daran, dass Herr **Ramsauer** sich an sein vollmundiges Versprechen des **schnellstmöglichen Baubeginns** stets erinnert!

Keln Plan für Planungsdialog

Eine Frage an die Bundesregierung nach dem **Planungsdialog** für den **Zulauf zum Brennerbasistunnel im Inntal** brachte nicht wirklich Auskunft. Das Bundesverkehrsministerium hat angekündigt, dass der Planungsdialog **im Januar** starten soll, er kann (oder will) aber nicht sagen, wie der Dialog ausgestaltet werden soll. Dabei geht es darum, wer mit welchen Rechten beteiligt wird. Wir brauchen den **bestmöglichen Lärmschutz für die Region**, wenn der Brennerbasistunnel von Italien und Österreich gebaut wird. Die Bundesregierung spricht von zusätzlichen Gleisen im Inntal. **Kiefersfelden** und **Oberaudorf** fordern Tunnel. Wir wollen das Thema in Absprache mit Euch in 2012 voranbringen.

Impressum:

Bürgerbüro
Angelika Graf MdB
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Telefon: 08031-98230
Fax: 08031-299023
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro
Angelika Graf MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 77313
Fax: 030-227 76792
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:
Angelika Graf

SPD

Liebe Genossinnen und Genossen,

plötzlich ist der Kampf gegen Rechts-
extremismus wieder in aller Munde.
Dafür hat es leider eine Mordserie ge-
braucht, bei der man sich schon fragen
muss, warum Rechtsextremisten of-
fenbar weitgehend unbehelligt ihr
Unwesen im Land treiben können.

Ich unterstütze in diesem Zusammen-
hang den Begriff „**Döner-Morde**“ als
Unwort des Jahres. Offenbar gingen
nicht nur viele Medien davon aus, dass
es um Morde in einem (irgendwie krimi-
nellen und zwielichtigen) Milieu
gehe. Das hat der Aufklärung nicht ge-
dient und die Opfer verunglimpft.

Plötzlich eilig hatte es die Bundesre-
gierung, die von ihr durchgeführte
**Kürzung für den Kampf gegen
Rechts** (zum Teil) wieder zurückzu-
nehmen. Die falsche **Gleichsetzung
von Links- und Rechtsextremismus**
durch die Bundesregierung bleibt aber
bestehen, obwohl für die Bekämpfung
von Rechtsextremismus ganz andere
Maßnahmen notwendig sind, vor al-
lem bei der Prävention.

Nicht nur, aber insbesondere in Teilen
Ostdeutschlands ist Rechtsextremis-
mus kein Tabu mehr, Rechtsextreme
sind gut organisiert und gehen gezielt
auf „Nachwuchs“ zu, auch in **Schulen**.
Es gibt Strukturen, die in Rechtsextre-
mismus führen und denen wir etwas

entgegensetzen müssen. Zum Beispiel
durch alternative **Freizeitangebote** für
Jugendliche. Wo der Staat sich zu-
rückzieht, entsteht eine Lücke, die die
Rechten besetzen. Umso dramatischer
sind die schwarz-gelben Kürzungen
bei der „Sozialen Stadt“.

Wir brauchen wieder mehr **Aufklä-
rung, vor allem an Schulen!** Die
Bundesregierung hat die Mittel dafür
gekürzt. Ihr war es wichtiger, Geld ge-
gen Linksextremismus zu vergeben.
Damit wurden übrigens Dinge finan-
ziert, wie eine Berlin-Reise der **Jun-
gen Union**, die im Saufgelage endete.

Die Bundesregierung hatte zudem
nichts besseres zu tun, als eine **Extre-
mismusklausel** einzuführen, die von
Vereinen, Verbänden und Kirchen
verlangt, dass diese all ihre Projekt-
partner und Referenten auf deren Ver-
fassungstreue überprüfen müssen,
wenn sie Bundesförderung wollen.
Diese unsinnige Haftung für Dritte
dient nur der Ideologie und dazu, den
Projekten Steine in den Weg zu legen.

Wer sich persönlich gegen Rechtsex-
tremismus einsetzen möchte, kann
sich „**Gesicht zeigen - Rosenheimer
Bündnis gegen Rechts**“ anschließen.
Infos gibt es in meinem Bürgerbüro!

**Frohe Weihnachten und einen gu-
ten Rutsch ins neue Jahr wünscht
Euch Eure Angelika**

MEINE WICHTIGSTEN TERMINE IM
JANUAR 2012

10.01.	13.00	Besuch bei Suchtpräventionszirkel „Trapez“, Traunstein
10.01.	19.00	Besuch bei Kinderschutzbund, Rosenheim
11.01.	19.00	Treffen Landeskriminalamt zum Menschenhandel
12.01.	09.00	Treffen , Gespräche und Veranstaltung mit AG 60 plus Würzburg
12.01.	19.00	SPD-Fraktionsabend, Berlin
13.01.	09.00	Klausur der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin
16.01.	11.00	Bundesvorstand der AG 60 plus, Berlin
16.01.bis 20.01.		Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
21.01.	11.00	Rede bei Weißwurstfrühstück im Betreuungswahlkreis, Aying
22.01.bis 23.01.		Klausur der Arbeitsgruppe Menschenrechte, Berlin
23.01.bis 27.01.		Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
28.01.	10.00	Landesvorstand BayernSPD, München
31.01.	09.00	Praktikum in der Blumenhofklinik, Bad Feilnbach
31.01.	19.00	Kamingespräch mit Jusos

